

Fuldaer Zeitung

Donnerstag, 5. März 2015

GASTKOMMENTAR

Afrikas größte Demokratie in Gefahr?

Wahlzeiten sind gefährliche Zeiten in politisch instabilen Ländern. Diese Erfahrung macht in diesen Tagen wieder einmal Nigeria. Aufgrund von Sicherheitsbedenken wurden die für den 14. Februar vorgesehenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auf den 28. März verschoben. Grund: der anhaltende Terror der islamistischen Bewegung Boko Haram.

Wahlveranstaltungen und Wahllokale stellen natürliche und naheliegende Ziele für die Terrormiliz Boko Haram dar. Ihre islamistischen Ideologen lehnen eine Demokratie nach westlichem Muster radikal ab, sie gilt ihnen als „unislamisch“. Wie die westliche Kultur insgesamt: „Westliche Bildung ist Sünde“. So lässt sich der Name Boko Haram übersetzen. Boko Haram glaubt, alle westlichen Einflüsse ausmerzen zu dürfen, ja zu müssen – aus religiöser Pflicht. Dabei werden auch militante und terroristische Methoden religiös-ideologisch gerechtfertigt.

2014 hat sich die Lage deutlich verschärft. Es war das bislang blutigste Jahr unter Boko Haram, mit mehreren Tausend Toten und Hunderttausenden Flüchtlingen. Ganze Dörfer und Städte im muslimisch geprägten Nordosten Nigerias wurden von Boko Haram erobert. Im August wurde ein Kalifat ausgerufen. Auch die Entführungen, vor allem von Mädchen, hielten weiter an. Weltweite Aufmerksamkeit hatte die Entführung von 276 Schülerinnen in der Stadt Chibok im Bundesstaat Borno erregt. Diese Region bildet die Hochburg und das Hauptaktionsfeld der Terrorbewegung. Ein kleiner Teil der entführten Mädchen konnte sich aus eigener Kraft befreien, von mehr als 200 Schülerinnen fehlt bis heute jede Spur.

BERTHOLD PELSTER

beleuchtet anlässlich der bevorstehenden Wahlen in Nigeria den erfolglosen Kampf des Landes gegen die Terrormiliz Boko Haram.



Der Autor (52) ist Menschenrechtsexperte beim Hilfswerk „Kirche in Not“ in München. Er hat die Dokumentation „Christen in großer Bedrängnis“ zusammengestellt (180 Seiten). Das Buch ist kostenlos erhältlich bei: Kirche in Not, Lorenzstr. 62, 81545 München.

Der Kampf der Regierung und des Militärs gegen Boko Haram war bislang erfolglos. Seit 2009 terrorisiert die Gruppierung das Land. Durch Anschläge auf Märkte, staatliche Einrichtungen, Schulen, Kirchen und Moscheen und durch Kämpfe der Islamisten sind 13 000 Menschen ums Leben gekommen. Längst sind auch die Nachbarstaaten Nigerias bedroht. Im Februar griffen Milizen von Boko Haram erstmals Städte und Siedlungen in Niger und im Tschad an. Im Tschad und in Kamerun leben mehr als 150 000 nigerianische Flüchtlinge. Das erklärt, warum beim jüngsten Treffen der Afrikanischen Union im Januar Tschad, Kamerun und Niger beschlossen haben, eine 7500 Mann starke militärische Eingreiftruppe zu bilden, die Nigeria im Kampf gegen den Terror unterstützen soll. Inzwischen wurde die Truppenstärke auf 8700 Soldaten erhöht.

Die nigerianische Regierung hat eine militärische Großoffensive angekündigt, um bis zum Wahltermin das Terrorismusproblem in den Griff zu bekommen. Unter den gegenwärtigen Umständen ist unklar, wie in den von Boko Haram eroberten Gebieten eine Wahl durchgeführt werden kann. Zudem stellt sich die Frage, in welcher Form die Hunderttausenden Binnenflüchtlinge an der Wahl teilnehmen können. Immerhin arbeitet das Parlament an einem Gesetzentwurf mit Regelungen, die genau dies möglich machen sollen. Trotzdem bleiben genügend Erschwernisse, die es dem Wahlverlierer hinterher leicht machen würden, die Gültigkeit der Wahl anzufechten, was zu neuen politischen Spannungen und Konflikten führen würde.

Die Demokratie in der größten afrikanischen Nation scheint gefährdet. Nötig wäre eine größere nationale Geschlossenheit. Das jedenfalls glaubt Erzbischof Ignatius Kalgama aus Jos in Zentralnigeria. Der Vorsitzende der nigerianischen katholischen Bischofskonferenz zeigte sich bei einem Besuch in Deutschland im Januar beeindruckt von der landesweiten Solidarität, die das französische Volk nach dem Terroranschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ gezeigt habe, vor allem auch von der Teilnahme zahlreicher Staatspräsidenten und Regierungschefs aus dem Ausland. In Nigeria seien Tausende von Menschen durch Terroranschläge getötet worden. Unter den Politikern aber herrsche große Gleichgültigkeit und mangelnde Entschlossenheit. Leider nehme auch die internationale Gemeinschaft zu wenig Anteil an den Geschehnissen in Nigeria und dem unendlichen Leid der Bevölkerung.